

Wirtschaftspolitik am Ende

Autor(en): **Baumann, Hans**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Diskussion : Magazin für aktuelle Gewerkschaftspolitik**

Band (Jahr): - **(1991)**

Heft 16

PDF erstellt am: **24.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-584238>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Wirtschaftspolitik am Ende

Die GBH fordert beschäftigungswirksame Massnahmen

Entlassungen und Betriebsschliessungen sind zurzeit in der Schweiz an der Tagesordnung. Den Beschäftigten in besonders krisengeschüttelten Branchen müsste jetzt mit konjunkturpolitischen Massnahmen geholfen werden, um einen weiteren Arbeitsplatzabbau zu verhindern. Wirtschaftspolitische Massnahmen werden jedoch keine ergriffen. Vernünftige Vorschläge gibt es kaum, auch nicht von linker oder «alternativer» Seite. Lusser regiert unangefochten. Die GBH ist mit ihren Forderungen im Moment allein.

Das gleichzeitige Auftreten von Inflation und Rezession macht ratlos. Die Arbeitslosigkeit hat seit den dreissiger Jahren einen neuen Höchststand erreicht. Und wenn das BIGA wie in anderen Ländern die Arbeitslosen gemäss international gebräuchlichen Normen erheben würde, wäre in der Schweiz die offizielle Arbeitslosenrate etwa dreimal so hoch, in einzelnen Kantonen bis zu 10 Prozent.

Zu den am heftigsten betroffenen Branchen gehören die Bauwirtschaft und die baunahen Wirtschaftszweige. Diese repräsentieren insgesamt ungefähr 500 000 Beschäftigte, die rund 18 Prozent der Wertschöpfung in der Schweiz erarbeiten und damit eine ganz entscheidende Rolle für die Binnenkonjunktur spielen.

Innert eines Jahres sind in der Bau- und Holzwirtschaft 10 000 Arbeitsplätze abgebaut worden. Hauptbetroffene sind im Moment Saisonarbeiter und Grenzgänger. In den kommenden Monaten werden vermehrt auch die Arbeitsplätze von Einheimischen bedroht sein. Von den verschiedenen Regionen weisen die Kantone Genf und Waadt einen besonders starken Einbruch der Baukonjunktur auf. Dort ist die Zahl der Arbeitsplätze im Baugewerbe um 24 bzw. 17 Prozent zurückgegangen. Die Wirtschaftsindikatoren lassen für die nächste Zukunft noch keinen Wiederaufschwung erwarten. Der Abbau von Arbeitsplätzen wird weitergehen.

Dabei soll nicht verschwiegen werden, dass die Probleme des Baugewerbes nicht nur allein auf konjunkturelle Ursachen zurückzuführen sind. Die Baukosten sind in den letzten Jahren ungleich stärker gestiegen als die Konsumentenpreise. Zusammen mit den rasant angestiegenen Bodenpreisen ergibt sich deshalb heute eine Situation, in der eine Neubauwohnung nicht einmal mehr für mittlere Einkommen erschwinglich ist. Ursache für die hohen Baukosten ist insbesondere ein im Verhältnis zum europäischen Ausland tiefes Produktivitätsniveau. Dies als Resultat des hohen Anteils von schlecht bezahlten, wenig qualifizierten ausländischen Arbeitern, was den Unternehmern in der Vergangenheit ermöglicht hat, auf Rationalisierungsmassnahmen zu verzichten. Zu

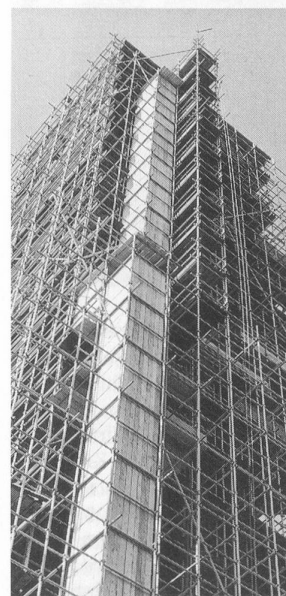
den Ursachen des hohen Kostenniveaus gehören sicher auch die berechtigterweise gestiegenen Ansprüche bezüglich Schalldämmung, Wärmeisolation, Entsorgung, der typisch schweizerische Bau-Perfektionismus im allgemeinen sowie die zahlreichen, oft zu komplizierten Reglementierungen.

Mittelfristig gesehen drängt sich für die Schweizer Bauwirtschaft deshalb durchaus auch eine Restrukturierung auf. Aus gewerkschaftlicher Sicht befürworten wir eine Liberalisierung des Arbeitsmarktes unter Abschaffung des Saisonierstatuts und die bessere Durchlässigkeit zwischen einzelnen Bauberufen und Tätigkeiten. Nötig ist hier eine konsequente Kampagne zur Qualifizierung der Bautätigkeit, die Anpassung der Qualifikationen an die veränderten Bedürfnisse der Bauwirtschaft sowie die Verbesserung der Arbeitsbedingungen im Sinne einer Attraktivitätssteigerung.

Auch die Aufhebung von rein protektionistischen Regelungen in der Submissionspraxis kann befürwortet werden, sofern die Einhaltung der Gesamtarbeitsverträge garantiert ist.

Die Übernahme von EG-Bestimmungen in einem gemeinsamen Binnenmarkt würde eine solche mittelfristige Erneuerungsstrategie unterstützen. Bezeichnenderweise wehren sich die konservativen, kleingewerblich orientierten Teile der Bauwirtschaft deshalb gegen den EWR.

Die gegenwärtige Baurezession ist aber vor allem auch eine Folge der Überhitzung des Baumarktes vor 1990. Die Notleidenden solcher starken Konjunkturausschläge sind immer die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Die GBH sieht deshalb nach wie vor in der Verstetigung der Baunach-



frage eine wichtige Aufgabe der Wirtschaftspolitik. Die Wechselbäder, denen die Bauwirtschaft in den letzten Jahren ausgesetzt war, sind wesentlich auf die Geldpolitik der Nationalbank zurückzuführen, welche mit einem überstürzten Kurswechsel im Jahre 1988 genau das Gegenteil einer Verstetigung erreichte. Es ist skandalös, wenn Nationalbankpräsident Lusser von den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern einen Verzicht auf den Teuerungsausgleich fordert, nachdem die National-

bank massgeblich an der heutigen wirtschaftlichen Situation schuld ist. Mit der Forderung an Bund und Kantone, Ausgabenkürzungen vorzunehmen, um die Budgets auszugleichen und die Teuerung in den Griff zu bekommen, nimmt der Geldpolitiker Lusser so einseitige Positionen ein, wie



sie seit der grossen Krise der dreissiger Jahre von Ökonomen nicht mehr vertreten wurden. Damals meinten die Wirtschaftspolitiker, dass die Krise bekämpft werden könne, indem Löhne gesenkt und staatliche Ausgaben reduziert werden. Tiefere Preise und Löhne sollten dazu führen, dass wieder vermehrt private Investitionen getätigt und Arbeitskräfte eingestellt werden. Die Folgen dieser Politik waren bekanntlicherweise verheerend: Massenkaufkraft und staatliche Nachfrage brachen zusammen, die Krise war total.

Eine Alternative zur Geldpolitik der Nationalbank wäre eine Wirtschaftspolitik, welche die Investitionsentscheide und damit den Konjunkturverlauf direkter beeinflusst und damit mindestens die Notenbankpolitik ergänzt. Hierfür müsste

in die Trickkiste des guten alten Ökonomen Keynes gegriffen und über öffentliche Ausgaben eine anti-zyklische Finanzpolitik betrieben werden, welche eine Stabilisierung der Nachfrage garantiert.

Die GBH hat deshalb an ihrem Kongress nicht nur eine rechtzeitige Lockerung der Geldpolitik, sondern von Bund und Kantonen auch sinnvolle Massnahmen zur Wiederankurbelung der Bautätigkeit verlangt. Zur raschen Überwindung der gegenwärtigen Baurezession und zur Vermeidung von sozialen Härten sind solche schnell wirkenden Massnahmen unerlässlich. Die GBH befindet sich mit ihren relativ offensiven Forderungen aber ziemlich allein. Eine Übereinstimmung mit den Unternehmern gibt es nur bezüglich der Lockerung der Geldpolitik. Der SGB möchte beschäftigungspolitische Massnahmen für eine «wirkliche Krise» (wann kommt die?) aufsparen. Von linker und «alternativer» Seite gibt es viel Kritik an der Nationalbank, aber kaum Vorschläge. Die Wirtschaftsinstitute wie die Konjunkturforschungsstelle der ETH oder die Basler Arbeitsgruppe für Konjunkturforschung BAK halten sich ebenfalls vornehm zurück. Ihre Vorschläge – sofern vorhanden – gehen eher in Richtung Strukturpolitik und ähneln zunehmend den Deregulierungsprogrammen im Stile von Schmidheiny/Leutwiler.

Innerhalb der Linken und der Gewerkschaften war eine Wiederaufnahme der Diskussion um eine «andere» Wirtschaftspolitik wohl noch nie so dringend wie heute.

Auszug aus der GBH-Resolution zur Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik

Zur raschen Überwindung der Baurezession und zur Vermeidung sozialer Härten sieht die GBH drei Schwerpunkte:

- **Eine sofortige Überprüfung der Geldpolitik der Nationalbank**
- **Massnahmen zur Ankurbelung der Bautätigkeit insbesondere im Wohnungsbau**
- **Soziale Massnahmen sowie Aus- und Weiterbildung zugunsten der vom Arbeitsplatzabbau Betroffenen**

Angesichts der hohen Teuerung der letzten Monate war eine Stabilitätspolitik seitens der öffentlichen Hand unerlässlich. Die restriktive Geldpolitik der Nationalbank hat jedoch zu einer massiven Zinssteigerung inklusive Verteuerung der Hypothekar- und Bauzinsen geführt und damit die Baurezession wesentlich mitverursacht. Ohne eine Senkung des Zinsniveaus kann der Baumarkt und insbesondere der Wohnungsbau nicht belebt werden. Die GBH fordert deshalb von der Nationalbank, die Geldmenge dosiert zu erhöhen, um den kurzfristigen Zinsen einen Impuls nach unten zu geben. Die deutlich nachlassende Teuerungstendenz im Inland und die Zinssituation auf den internationalen Geldmärkten erlauben ein solches Vorgehen.

Beschäftigungswirksame Massnahmen können allerdings nicht nur der Geldpolitik überlassen bleiben. Als Ergänzung sind Mittel der öffentlichen Hand insbesondere zur Förderung des Wohnungsbaus und zur Förderung von Umbauten und Renovationen unerlässlich. Die GBH hat hierzu einen umfangreichen Massnahmenkatalog verabschiedet. Ebenfalls sollten Bund, Kantone und Gemeinden wo immer möglich sofort baureife Investitionsprojekte in den Bereichen Luftreinhaltung, Schallschutz, Entsorgung, Gewässerschutz, Alternativenergien und öffentlicher Verkehr vorziehen. Dies gilt insbesondere für stark von der Rezession betroffene und strukturschwache Regionen. Keinesfalls dürfen die bestehenden Budgetdefizite von Bund und Kantonen dazu verleiten, in der jetzigen Phase Kürzungen bei den Investitionen vorzunehmen. Die Sanierung der Haushalte ist um mindestens ein Jahr aufzuschieben, da sonst die Rezession verstärkt wird und eine Haushaltkürzung wegen geringerer Steuereinnahmen kontraproduktiv wirkt.

Die rasch angestiegene Arbeitslosigkeit ruft schliesslich nach einer Verbesserung der sozialen Absicherung und Förderung der Aus- und Weiterbildung für Personen, die besonders von Arbeitslosigkeit bedroht sind. Die GBH fordert die Verlängerung der Bezugsberechtigung bei Arbeitslosigkeit, die Abschaffung der Taggeldkürzungen bei längerer Arbeitslosigkeit sowie die Abschaffung der Wartezeit vor Leistungsbezug. Bisher in einem Betrieb beschäftigten Saisonniers muss für die Wiederbeschäftigung in der nächsten Saison der Vorzug gegeben werden. Die Behörden dürfen keine neuen Saisonniersbewilligungen an Unternehmungen erteilen, die aus wirtschaftlichen Gründen Saisonniers entlassen haben. Zudem ist die Bezugsberechtigung für arbeitslose Saisonniers zu verbessern. Das Aus- und Weiterbildungsangebot im Bau- und Holzgewerbe muss ausgebaut und dem Strukturwandel in diesen Branchen angepasst werden.